

Chronik des Tages.

Wie in Berlin verlautet, soll die Märztagung des Völkerbundes unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns stattfinden.

Die preussische Regierung hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über eine 100-Millionen-Anleihe zur Verstärkung der produktiven Erwerbslosenfürsorge zugewiesen.

Die japanische Regierung hat die amerikanische Abrüstungsnote zustimmend beantwortet.

Zwischen England und Kanton ist ein Abkommen über die Konzessionsgebiete in Hankau und Kiangsi unterzeichnet worden.

Reich, Länder und Gemeinden.

Eine der schwierigsten Aufgaben der deutschen Finanzwirtschaft ist die Schaffung eines endgültigen Finanzausgleichs, der die finanziellen Beziehungen zwischen Reich, Länder und Gemeinden auf Jahrzehnte hinaus regelt. Die Verhandlungen darüber sind schon seit Jahren im Gange. Eine allen Seiten gerechtfertigte Regelung ist jedoch mit großen Schwierigkeiten verbunden und erfordert umfangreiche Vorarbeiten. Andererseits ist aber auch eine baldige Verabschiedung der Ausgleichsvorlage, die bereits im Herbst 1926 fertig sein sollte, dringend notwendig. Wie jetzt Reichsfinanzminister Dr. Köhler im Reichstage mitteilte, ist nun sogar eine Hinausschiebung des endgültigen Finanzausgleichs über den 1. April 1928 hinaus sehr wahrscheinlich!

Der Finanzausgleich soll die finanziellen Beziehungen zwischen Reich, den Ländern und öffentlichen Körperschaften — Gemeinden, Kreise, Provinzen, Gemeindeverbände und Kirchen — ausgleichen. Alle diese Einrichtungen und Körperschaften haben Aufgaben zu erfüllen, die im Interesse der Allgemeinheit liegen und von der Allgemeinheit finanziert werden müssen. Das Nebeneinander verschiederer Organe macht eine Verteilung der Ausgaben und eine Verteilung der Einnahmen oder der Einnahmequellen notwendig. Beides soll der Finanzausgleich beforgen.

Das von Bismarck gegründete Kaiserreich hat einen endgültigen Finanzausgleich nicht gekannt. Die erste Reichsverfassung hatte die Einkommen- und Besitzsteuern den Bundesstaaten überlassen, dem Reich nur einige Verbrauchssteuern zugewiesen und bestimmt, daß die Reichsausgaben, die diese geringen Einnahmen überstiegen, durch sogenannte „Matrikularbeiträge“ der Bundesstaaten gedeckt werden sollten. Das aber war nur als vorläufige Regelung gedacht. Für später war die Erhebung von Reichsteuern geplant, deren Einführung jedoch auf Schwierigkeiten stieß. Bismarck prägte damals das Wort, das Reich sei nur ein Kostgänger der Bundesstaaten und versuchte nun, das Reich durch hohe Schatzkollennahmen finanziell selbständig zu machen.

Bismarcks Plan gelang. Er wurde dadurch begünstigt, daß das Reich bis zum Kriege nur für die Landesverteidigung und für die Auslandsvertretung zu sorgen hatte, während die gesamte innere Verwaltung in der Hauptsache den Bundesstaaten oblag. Diese Verhältnisse erfuhr durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges eine gründliche Wandlung. Der Versailler Vertrag förderte dem Reich riesige Verpflichtungen an das Ausland auf, dazu kamen eine viele Milliarden Mark betragende Kriegsschuld, Pensionszahlungen an Kriegshinterbliebene und Kriegsverletzte u. a. m. Jetzt konnte das Reich nicht mehr ohne direkte Steuern auskommen! Weiterhin konnten alle diese Lasten nur aufgebracht werden, wenn eine gleichmäßige Heranziehung aller Bürger im ganzen Reichsgebiet gewährleistet war.

Aus diesen Gedankenengängen heraus entstand die 1919/20 von Erzberger vorgenommene Finanzreform. Sie schuf eine eigene Reichsfinanzverwaltung, brachte den Übergang der Einkommen- und Besitzsteuern auf das Reich und beteiligte Länder und Gemeinden an dem Ertrag gewisser Reichsteuern. Damit war das Verhältnis der nachfolgenden Jahre umgekehrt. Der dann immer größere Fortschritt machende Verfall der deutschen Währung ließ die Früchte dieser Steuerregelung faulen, noch ehe sie reif geworden waren. Haupteinnahmequelle des Reiches in den Inflationsjahren wurde die Notenpresse, die ungerechteste und brutalste Steuer, die überhaupt zu denken ist. Länder und Gemeinden konnten natürlich mit ihren Steueranteilen ebenfalls nichts anfangen und mußten nun durch Reichszuschüsse, die von der Notenpresse gespeist wurden, unterstützt werden. Eine bedenkliche Maßnahme, da Länder und Gemeinden so beinahe jeder Verantwortung für ihre Finanzgebarung entoben wurden. Nach der Stabilisierung wurde dann schleunigst mit diesem System gebrochen und die Zuschüsse zum größten Teil wieder abgebaut. Gegendwärtig werden ungefähr drei Fünftel des Steuerbedarfs der Länder durch Ueberweisungen aus Reichsteuern gedeckt.

Was den Kampf um die endgültige Regelung des Finanzausgleichs betrifft, ist dieser, soweit der Steuervorrang des Reiches und die eigene Reichsfinanzverwaltung in Frage kommen, entschieden. Beides wird beibehalten. Der weitere Kampf geht um die Form, in der Länder und Gemeinden an dem Steuerertrag des Reiches beteiligt werden. Der Deutsche und Preussische Landtag fordern die Aufteilung der Steuerquellen oder doch ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer und betonen, daß der Haushalt der Gemeinden und Kreise nur auf diesem Wege auf eine sichere und sparsame Grundlage gestellt werden kann. Daß die Aufgaben — und damit auch die Ausgaben — dieser Körperschaften in den Nachkriegsjahren erheblich gewachsen sind, ist nicht zu bestreiten. So haben sich z. B. die Bruttou Ausgaben der Landkreise in den letzten Jahren gegenüber 1913 mehr als verdoppelt. Die Wohlfahrts- und Kulturaufgaben haben sich sogar vervielfacht! Eine starke Steigerung erfahren auch die Ausgaben für die Wegeunterhaltung, da die Straßen durch den wachsenden Kraftwagenverkehr immer stärker abgenutzt werden.

Wolte deshalb der neue Finanzausgleich die Form und Gestalt annehmen, die Reich, Länder und Ge-

meinden die Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht, ihre Selbstverantwortung wieder herstellt und dem Steuerzahler größtmögliche Sparfarskeit gewährleistet!

Wünsche der Auslandsdeutschen.

Die Interessenvertretungen der Auslandsdeutschen, die in den Kriegsjahren durch die Wegnahme ihres Vermögens geschädigt wurden, veranstalteten am letzten Sonntag eine eindrucksvolle Kundgebung in Berlin. Außer den Verbänden und Vereinigungen der Auslandsdeutschen nahmen auch zahlreiche Parlamentarier, Vertreter des Reichsfinanzministeriums und des Reichsentschädigungsamtes an der Veranstaltung teil.

Obst. Rat v. Elm, der bekannte Führer des Deutschen Ostbundes, legte einleitend den Zweck der Protestkundgebung dar. Nach dem ungünstigen Entscheid des Obergerichtsdienstes sei es nunmehr Pflicht des Reiches, die seit 12 Jahren auf

wartenden Verdrängten und Liquidationsgeschädigten in gerechter Weise abzulösen. Leider sei in der Programmrede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler gerade in Bezug auf diese Frage eine bedauernde Zurückhaltung festzustellen. Scheinrat Groß (Vand der Auslandsdeutschen) wandte sich gegen die vom Reichsfinanzministerium veröffentlichte Erklärung, die den Geschädigten den Rechtsanspruch auf Entschädigung bestreite. Rechtsanwalt Dr. Purper (Hilfsbund für die Elsas-Lothringer im Reich) beleuchtete die moralische und rechtliche Grundlage der Entschädigungspflicht des Reiches für die Gewalt- und Verdrängungsschäden.

Nach Ausführungen des Stadtrats Bilg, des Vorsitzenden der Arbeitgemeinschaft, kamen die Abgeordneten Laverrenz (Dn.), Novak (Soz.), Dr. Haas (Dem.) und Dr. Schetter (Jr.) zu Wort, die betonten, daß sich der Reichstag mit allem Nachdruck für die Interessen der Geschädigten einsetzen werde. Zum Schluß der Veranstaltung wurde eine Entschädigung angenommen, in der unterzüglich eine

gesetzliche Regelung der Entschädigungsfrage gefordert wird, und zwar in einem Ausmaße, das den Entwurzelten und Vertriebenen den Wiederaufbau einer gesicherten wirtschaftlichen und beruflichen Existenz ermöglicht. Das könne dadurch geschehen, daß die Entschädigungsschuld des Reiches durch Ausgabe von angemessenen verzinslichen und tilgbaren Schuldverschreibungen auf eine Reihe von Jahren verteilt werde.

Am Reichspräsidenten v. Hindenburg, an den 22. Ausschuss und an den Haushaltsausschuss des Reichstages wurden Telegramme gefandt, in denen um Hilfe gebeten wird.

Japan für Abrüstung.

Coolidges Note beantwortet. — Einberufung der Konferenz nicht vor Juni.

Die japanische Regierung hat der von dem amerikanischen Präsidenten Coolidge angeregten Beschränkung der Seerüstungen zugestimmt und die Antwortnote bereits an Washington überreicht.

Japan begrüßt die amerikanischen Vorschläge, bittet aber, die Konferenz nicht vor dem 1. Juni einzuberufen. Sollte die Konferenz früher einberufen werden und unmittelbar nach der Tagung der Vorbereitenden Kommission für die Abrüstung, die am 21. März beginnt, bereits ihren Aufbruch nehmen, so würde es für die japanischen Delegierten unmöglich sein, an den Verhandlungen teilzunehmen.

In der Note wird ferner gefordert, die japanische Regierung habe mit dem vollen Bewusstsein genommen, daß es gegenwärtig die Absicht der amerikanischen Regierung sei, starke Vorschläge über das Stärkeverhältnis in denjenigen Schiffsklassen zu machen, über die eine Regelung in dem Washingtoner Vertrage nicht getroffen ist. Um einen Erfolg der Verhandlungen zu sichern, sei es wesentlich, daß alle Teilnehmer an der Konferenz einander ganz offen gegenüber treten und sich hinsichtlich von den desentwegen Erfordernissen ihres Staates leiten lassen. Japan gibt schließlich der Zuvorficht und der Hoffnung Ausdruck, daß ein faires und befriedigendes Uebereinkommen erzielt wird, das zu einem allgemeinen Frieden und zu der Sicherheit der Welt beitragen werde.

Das englische Kabinett grundsätzlich einverstanden. Wie amerikanische Zeitungen melden, hat das englische Kabinett dem Seearüstungsvorschlag des Präsidenten Coolidge grundsätzlich zugestimmt. Eine formelle Antwort wird im Laufe der Woche erwartet.

Deutscher Vorschlag in der Märztagung?

Briand wünscht eine Zusammenkunft mit Stresemann.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll die Märztagung des Völkerbundes in Genf unter dem Vorsitz des deutschen Außenministers Dr. Stresemann stattfinden. Endgültig entschieden ist die Frage des Vorfalles noch nicht, doch besteht große Wahrscheinlichkeit dafür, daß Dr. Stresemann in der Märztagung präsidieren wird.

Deutschland hat bereits zweimal auf den Vorschlag verzichtet, weil der Plan bestand, eine der nächsten Ratstagungen in Berlin abzuhalten. Da dieser Plan vorläufig fallen gelassen ist, liegt zu einem nochmaligen Verzicht kein Anlaß vor.

Die Zusammenkunft der einzelnen Delegationen ist noch unbestimmt. Briands Teilnahme an der Märztagung gilt als sicher. Auch ist bekannt, daß der französische Außenminister eine Zusammenkunft mit Dr. Stresemann wünscht. Ob Chamberlain nach Genf kommt, hängt zunächst von der weiteren Entwicklung der chinesischen Wirren ab.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 22. Februar 1927.

— Eine Vertretertagung des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe beschloß auf Antrag des Schlesischen Bauernbundes die Gründung eines Reichsbauernbundes.

— In Wien fand eine Tagung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen statt, die sich mit der einheitlichen Regelung der Unfallversicherungsbedingungen befaßte.

Wirdung eines Reichsausschusses der deutschen Mittelschicht. Die maßgebenden Organisationen des gewerblichen, landwirtschaftlichen und geistig schaffenden Mittelstandes, sowie des Haus- und Grundbesitzes haben einen Reichsausschuss der deutschen Mittelschicht gebildet, der die gemeinsamen Belange der deutschen Mittelschicht herausarbeiten und ein notwendiges Vorkarstellungswerk zum Wohle des gesamten Volkes durchführen soll.

Rundschau im Auslande.

Dem französischen Innenminister ist ein von reichen Persönlichkeiten unterzeichnetes Gesuch überreicht worden, in dem um Auffhebung der Ausweisung der italienischen Berschwärzer ersucht wird.

Blättermeldungen zufolge hat die Einwanderungsbehörde Kubas dem aus Frankreich ausgewiesenen Italiener (spitel Garibaldi) nunmehr die Einreiseglaubnis erteilt.

Abrüstungsberatungen in Paris.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz ist in Paris ein Ausschuss von Sachverständigen, an dem auch Deutschland teilnimmt, zusammengetreten, der sich mit der Beratung technischer Einzelfragen über die geplante Aufstellung eines Schemas für die Ausgaben zur Landesverteidigung als Vergleichsmassstab für die militärischen Ausgaben der einzelnen Länder zu befassen hat.

Poincaré sondiert in Washington.

Nach einer Meldung aus Washington wird dort bestätigt, daß das amerikanische Schatzamt bis jetzt davon in Kenntnis gesetzt worden sei, daß Frankreich bereit sei, 20 Millionen Dollar als erste Rate zu zahlen, ohne damit der Ratifizierung des Schuldensetzungsabkommens durch das französische Parlament vorgreifen zu wollen.

Prag will Ausland anerkennen.

Wie aus Prag mitgeteilt wird, schweben zwischen der Tschekoslowakei und Sowjetrußland Verhandlungen über eine Anerkennung der Sowjetregierung als rechtmäßige Herrscherin in Rußland. Die Grundlage der Verhandlungen soll die Tilgung der gegenseitigen finanziellen Verbindlichkeiten, die bisher das größte Hindernis für eine Verständigung waren, bilden. Ferner soll Sowjetrußland die Versicherung abgeben, sich nicht in die innerpolitischen Verhältnisse der Tschekoslowakei einzumischen. Die tschekoslowakischen Nationaldemokraten haben sich noch einmal gegen die Anerkennung Rußlands ausgesprochen.

Erwerbslosenleihe Preußens.

100 Millionen Mark zur Verstärkung der produktiven Erwerbslosenfürsorge beantragt.

Berlin, 22. Februar. Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Bereitstellung von 100 Millionen Reichsmark Staatsgeldern zur verstärkten Förderung von Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge überwiesen. Der Finanzminister soll ermächtigt werden, die erforderlichen Mittel nach ihrer Bewilligung im Wege des Kredits zu beschaffen.

Blutgericht in Schanghai.

Massenhinrichtungen. — Auch Japan schickt Schiffe.

Der Generalfeldzug in Schanghai nimmt immer größere Ausdehnung an. Die Zahl der Streitenden hat die Hunderttausend bereits überschritten. Im Fremdenviertel, in dem rund 10 000 Mann ausländische Truppen die Tore besetzt halten, herrscht Ruhe. Neben England hat jetzt auch Japan einen Kreuzer und vier Torpedobootzerstörer nach Schanghai entsandt.

In der Chinesenstadt ist es bereits zu Morden gekommen. Die Südpartei will in Schanghai einen Umsturz herbeiführen und den sofortigen Aufbruch der Stadt an Kanton bewirken. Der Verteidigungskommissar von Schanghai, General Zipooschang, hat darauf den Ausnahmestand verkündet und für die Chinesenstadt angeordnet, daß alle, die die Arbeiter anheben, hingerichtet seien. Drei Agitatoren wurden bereits erhängt und ihre Köpfe am Postgebäude zur Warnung aufgeschängt. Weiteren 30 Personen wurde wegen verschiedener Vergehen der Kopf abgeschlagen. Die Köpfe der Hingerichteten werden an langen Straßensäulen befestigt, um die Bevölkerung abzuschrecken.

Tschangtschins Entlassungsoffensive ist festgefahren. Wu-Bei-Fu weigert sich, Tschangtschins Durchmarsch durch seine Provinz freizugeben, da er die Rache Kantons fürchtet, umso mehr, als Kanton jetzt zwei gegnerische Generale, die Wutschang mit englischer Hilfe verteidigt hatten, zum Tode bzw. zu fünf Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Tschangtschins ersucht Wu-Bei-Fu in einem Telegramm dringend um eine Milderung seiner Haltung. Darin heißt es: „Wenn ich jetzt nichts unternehme, so kann die Folge davon unter Umständen der Untergang der ganzen Nation sein.“

Das Hankauer Abkommen unterzeichnet.

Nach einer amtlichen englischen Mitteilung ist das Abkommen über die englische Konzession von Hankau und Kiangsi zwischen dem englischen Delegierten D'Malley und dem chinesischen Außenminister Tschou nunmehr unterzeichnet worden. Der englische Außenminister Chamberlain hat am Montag im Unterhaus die Einzelheiten des Abkommens zwischen den Chinesen und England bekanntgegeben.

Der Versorgungshaushalt.

Kriegsbeschädigtendebatte im Reichstag. — Berlin, den 21. Februar 1927.

In der heutigen Reichstags Sitzung wurde die zweite Lesung des Haushalts für 1927 beim Vorkarstellung der Reichsversammlung fortgesetzt.

Abg. Rohnmann (Soz.) weist darauf hin, daß entgegen den Erwartungen die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten in den beiden letzten Jahren nicht zurückgegangen, sondern von 720 000 auf 725 000 gestiegen ist. Trotzdem sei der Etatanschlag, der rund eine Milliarde ausmache, wiederum um rund 87 Millionen vermindert worden. Der